

Rechtsstaatliche Grundsätze in der BRD / Staatliche Ordnung in der DDR

▪ Aufbau und Rechtsstaatlichkeit in der BRD

- **Gewaltenteilung** in **Exekutive** (ausführende Gewalt, zum Beispiel im Alltag die Polizei – auf staatlicher Ebene Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundes- und Landesregierungen), **Legislative** (gesetzgebende Gewalt, diese staatlichen Institutionen erlassen Gesetze und Verordnungen) und **Judikative** (Prüfen unter anderem Verfassungskonformität der erlassenen Gesetze und Verordnungen, sprechen Recht als „richterliche Gewalt“)
- **Repräsentative Demokratie**: Die wahlberechtigte Bevölkerung wählt nicht direkt die Landes- oder Bundesregierung, sondern entsprechende Landes- und Bundestagsabgeordnete, die wiederum die jeweilige Landes- und Bundesregierung wählen
- **Wahlberechtigte** sind alle Deutsche ab 18 (bis 1970 ab 21, ab 1970 ab 18)
- **Bundesverfassungsgericht** wird gewählt durch Bundestag und Bundesrat (50/50)
- **Bundespräsident ernennt den Kanzler und die Richter des Bundesverfassungsgerichts**, löst auf Anfrage des Kanzlers den Bundestag auf, repräsentiert die Bundesrepublik → repräsentatives Amt ohne wirkliche Macht → Erfahrungen aus der Weimarer Republik sorgten für Einschränkung der Macht des Bundespräsidenten
- **Grundgesetz durch Ewigkeitsklausel geschützt**: Bestimmte Grundrechte sind auf Ewigkeit geschützt

▪ Aufbau und Verhältnis von Staat, Partei und Bevölkerung in der DDR

- Die **Wahlberechtigten** (Männer und Frauen ab 18) wählen die **Volkskammer**
- **Aus der Volkskammer werden gewählt/ entsendet**: Die Mitglieder des Staatsrates, des Ministerrates sowie des Nationalen Verteidigungsrates
- Die Angehörigen des Ministerrates leiten die untergeordneten 31 Ministerien der DDR (davon müssen aber 90% der SED angehören)
- Auch im Staatsrat sind von 27 Angehörigen 18 Mitglieder der SED
- Losgelöst von den demokratischen Prozessen (Wahlen der Bevölkerung) steht die **SED**, die in eigenen Wahlen ihr **Zentralkomitee** sowie das **Sekretariat** des ZK der SED. Diese beiden Institutionen bestimmen dann, welche Politik die Ministerien der DDR machen
- „Gelenkte Demokratie“